

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

U/XVETII/172

Bonn, den 11. September 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1a	<u>Selbstbewußtsein</u>	79
	Bemerkungen zum VII. Kongreß der Sozialistischen Internationale Von G. Markscheffel, z.Z. Amsterdam	
2a	<u>Jeder dritte Bergmann ...</u>	24
	Erschreckende Unfallraten in Bergbau	
2	<u>Am Beispiel der Stadt Bayreuth</u>	45
	Angeblich nur 37 fehlende Wohnungen - aber über 100 vollstreckbare Räumungsurteile	
3	<u>Keine grundsätzlichen Formänderungen</u>	48
	Nach dem Besuch Chruschtschow Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	
4 - 6	<u>Reise in Amerika I und II</u>	150
	Kurze Gespräche Von Fritz Sänger, MdB	

Chefredakteur Günter Markscheffel

### Selbstbewußtsein

#### Bemerkungen zum VIII. Kongreß der Sozialistischen Internationale

Von G. Markscheffel, z.Z. Amsterdam

Die richtige Einschätzung der Bedeutung des VIII. Kongresses der Sozialistischen Internationale in Amsterdam ergibt sich nicht nur aus der Fülle der hier diskutierten Probleme. Auch die Gewissenhaftigkeit und der Wille über zahlreiche unterschiedliche Vorstellungen hinweg gemeinsame und für alle Parteien des demokratischen Sozialismus verwertbare Lösungen zu finden, ist beachtlich.

Es ist kein Geheimnis, daß frühere Kongresse oft genug dazu neigten, sogenannte heiße Eisen auf der Seite liegen zu lassen, um nicht gezwungen zu sein, mit Hilfe von "Kampfabstimmungen" Entscheidungen zu treffen. Die Betrachtungsweise, Einschätzung und auch Bewertung dieses oder jenes Problems waren oft so unterschiedlich, als daß man sich nicht gelegentlich auch mit unverbindlichen Analysen begnügt hätte.

In diesem Jahr zeigt sich die Sozialistische Internationale ausgebeugert und kampfbereit; sie packt je d e s "heiße Eisen" an und formuliert unmissverständlich ihren Willen zum unmittelbaren Eingreifen in die Praxis der internationalen Politik.

Die Ursachen dieses Wandels? Sie liegen einmal in der Tatsache begründet, daß bei den meisten sozialdemokratischen Parteien an die Stelle einer dogmatisch-theoretischen Betrachtungsweise zahlreiche Prognosen der unmittelbare Wille zur Mitgestaltung der Politik getreten ist. Auch sozialdemokratische Parteien, die noch nicht an der Regierungsverantwortung teilhaben, manifestieren ihre Politik so, als seien sie morgen schon dazu berufen, die volle Verantwortung zu übernehmen. Wenn man auch sagen kann, daß diese Haltung eigentlich schon immer eines der wesentlichen Elemente sozialdemokratischer Politik war, so tritt sie jedoch jetzt deutlicher denn je zutage.

Die auf dem Kongreß in Amsterdam angenommenen Entschließungen zu den Fragen einer offensiven Friedensstrategie, der Abrüstung, der Europa-Politik und zu den sehr vielschichtigen Problemen der Beziehungen zu den Entwicklungsändern sprechen eine beredte Sprache und unterstreichen die Bereitschaft aller sozialdemokratischen Parteien realpolitisch zu denken und zu handeln.

Ein anderer Grund für die größere Geschlossenheit der Sozialistischen Internationale und ihr gefestigtes Selbstvertrauen ist die Beweiskraft für die Richtigkeit vieler Prognosen, die der demokratische Sozialismus - oft leider nur unbeachtet - zu den entscheidenden Fragen der internationalen Politik gestellt hatte. Heute können die sozialdemokratischen Parteien mit Recht vor sich sagen, daß in dieser Welt vieles anders geworden wäre, hätte man r e c h t z e i t i g auf sie gehört und hätte man sich ernsthaft mit ihren Vorschlägen beschäftigt. Das bezieht sich sowohl auf die gesamte Problematik der Ost-West-Beziehungen wie auch auf die Vorschläge, die sozialdemokratische Parteien zur Bewältigung der großen Gemeinschaftsaufgaben der Völker gemacht haben.

Wenn man heute zum Beispiel in der ganzen Welt davon spricht, daß es nicht genügt, den Totalitätsanspruch des Kommunismus mit der militärischen Verteidigungsbereitschaft der freien Welt aufzuhalten, daß gleichzeitig auch eine offensive Strategie im ökonomischen und gesellschaftspolitischen Bereich als Form der Auseinandersetzung notwendig ist, dann können die sozialdemokratischen Parteien mit Stolz vor sich

sagen, daß mit dieser Forderung einer ihr ureigensten Vorstellungen für die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus Allgemeingut geworden ist.

Auch wenn man heute überall davon spricht, die industriell hochentwickelten Staaten hätten die Verpflichtung, im Geiste der wahren Partnerschaft mit den Entwicklungsländern zusammenzuarbeiten, kann dies die Übernahme und Anerkennung der sozialistischen Grundforderung, die schon lange vor dem ersten Weltkrieg das gemeinsame Gedankengut aller sozialdemokratischen Parteien war.

Es gibt aber einen mehr persönlichen Grund für das eindrucksvolle Bild der Geschlossenheit und des Selbstvertrauens, das die Parteien der Sozialistischen Internationale in Amsterdam bieten. Die Persönlichkeit des neuen Präsidenten der Internationale, Brich G. L. C. N. H. A. U. E. R., bürgt für die solide Handhabung der großen und sich über alle Kontinente hinstreckende Gemeinschaft des demokratischen Sozialismus. Die der Internationale angeschlossenen Parteien wissen nur zu gut, daß einem Ollenbauer jede spektakuläre Geste fremd ist, daß dieser Mann dafür aber umso mehr Erfahrung, Kenntnisse der internationalen Zusammenhänge und das Verfügen des Ausgleichs mitbringt - alles Eigenschaften, die in dieser Welt der Widersprüche großes Gewicht und daher große Bedeutung haben.

\* \* \*

#### Jeder dritte Bergmann . . .

#### Erschreckende Unfallraten im Bergbau

SP - Jeder dritte Bergarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland wird Opfer eines Unfalls. Im vergangenen Jahr fanden durch Grubenkatastrophen und Unfälle 771 Kumpels den Tod. - Das sind alarmierende und erschütternde Zahlen. Wer vernagt das unsagbare Leid zu ermaßen, das sich hinter diesen Zahlen verbirgt? In den Vereinigten Staaten ereignen sich auf eine Million Arbeitsstunden acht Unfälle, in der Bundesrepublik hingegen 122. Allein diese Gegenüberstellung sagt Erschreckendes über den Zustand der Sicherheitsvorkehrungen im deutschen Bergbau aus.

Das bestehende allgemeine Berggesetz ist 100 Jahre alt, es kann den neuesten Erkenntnissen nicht mehr entsprechen. Offensichtlich sind die für die Sicherheit verantwortlichen Beauftragten für ihre Aufgaben unzulänglich ausgerüstet und geschult, auch zeigen viele Bergwerksunternehmen eine nicht zu tolerierendelässigkeit, die Schutzvorrichtungen auf den modernsten Stand zu bringen. Hat die Justiz eine Scheu, bei Untersuchungen über Grubenkatastrophen auch die Werksdirektionen mit einzubeziehen? Auf dem Kongreß der Bergarbeiter in Düsseldorf wurden in dieser Richtung schwerwiegende Anklagen erhoben. Ihre Berücksichtigung zu untersuchen, liegt wohl im allgemeinen Interesse. Die IG Bergbau hat wiederholt die Änderung des Berggesetzes verlangt, doch sie blieb ohne Echo, ja der Unternehmensverband Hauerbergbau widerstand sich sogar einer Klärung des Aufgabenbereiches der Aufsichtspersonen.

Die erschreckend hohe Unfallstatistik im Bergbau sollte Anlaß genug sein, mit antiquierten Schutzvorkehrungen und überlebten Einzelmaßnahmen gründlich aufzuräumen.

\* \* \*

### Am Beispiel der Stadt Bayreuth

Angewidlich nur 37 fehlende Wohnungen -  
aber über 100 vollstreckbare Räumungsurteile

K.B. - In drei parlamentarischen Fragen, die darauf hinzuliefen, von Bundeswohnungsbauminister Lücke zu erfahren, wie er es sich erkläre, daß die Wohnungsstatistiker in der Stadt Bayreuth einen Vorkriegsstand von 37 Wohnungen (0,2 Prozent), die Stadtverwaltung einen solchen von 1.800 Wohnungen (7,52 Prozent) ermittelten, hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete Herbert Hauffe kurz vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause die Wohnungspolitik der Bundesregierung angezweifelt.

In seiner Antwort hat Staatssekretär Professor Dr. Ernst meismann versucht, daß es in Lückes Statistik keine Lücken gebe. Dieses der Ernst blieb dabei, bei gleicher Berechnungsmethode komme man zu gleichen Ergebnissen. Dies ist im Prinzip auch niemals bestritten worden. Abgeordneter Hauffe, selbst Architekt und Mitglied der Bundestagsausschusses für Wohnungswesen, ist vielmehr der Auffassung, daß die Berechnungsmethoden, wie sie der Band von Statistischen Landesämtern vorgeschrieben hat, völlig unzureichend waren und sind.

Zu der Tatsache, daß Städte und Kreise im ganzen Bundesgebiet zu einem anderen Wohnungsfehlbestand gekommen sind als die nach der Lückes Richtlinien arbeitenden Statistiker, hat Staatssekretär Ernst festgestellt, "manche Kommunalverwaltungen berechnen den langfristigen zu berücksichtigenden Wohnungsbedarf nach eigenen Maßstäben." Er wandte sich häufig um "Untersuchungen, die von den bloßen Wohnungsknappheiten der Bevölkerung ausgehen, ohne auch die entsprechende Mietzahlungsbereitschaft zu berücksichtigen."

Abgeordneter Hauffe hat die Antworten aus dem Bundeswohnungsbauministerium, "weil sie am Kern der Sache vorbeigehen", mit neuen Fragen beantwortet. Am Beispiel der Stadt Bayreuth - die für unzählige andere Städte und Gemeinden in Bayern und im übrigen Bundesgebiet steht - weist der fachkundige Abgeordnete nach, auf wie schwachen Füßen die Former Argumentation steht.

In Bayreuth, wo angeblich nur noch 37 Wohnungen, also ein einziger Wohnblock, fehlen sollen, sind dem örtlichen Mieterverein 104 vollstreckbare Räumungsurteile bekannt, davon 95 wegen Eigenbedarf der Vermieter. In 75 dieser Fälle, so hat Hauffe dem Staatssekretär im Wohnungsbauministerium geschrieben, werde zur Zeit die Zwangsversteigerung betrieben! Außerdem bearbeite der Mieterverein Bayreuth bereits jetzt - also noch vor der Mietpreisfreigabe und der Aufhebung des Mieterschutzes - weitere 22 Räumungsverfahren. Dabei sei anzunehmen, daß es noch eine ganze Reihe von Verfahren gebe, die dem Mieterverein nicht bekannt seien.

Daß angesichts solcher Zustände auf dem Wohnungsmarkt einer sogenannten "weißen Stadt" dem rechnerischen Wohnungsfehlbestand von 37 Wohnungen keinerlei praktische Bedeutung beizumessen ist, liegt nach Ansicht des Abgeordneten Hauffe auf der Hand. Er hat deshalb Staatssekretär Ernst angefragt, ob es Möglichkeiten gebe, in den unstrittigen "weißen Kreisen" neue, auf anderen Maßstäben beruhende Berechnungen vorzunehmen oder die Mietpreisfreigabe in solchen Gebieten bis zur wirklichen Beseitigung der Wohnungsnot auszusetzen.

### Keine grundsätzlichen Formänderungen

Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

Der Jugoslawienbesuch des sowjetischen Partei- und Regierungschefs Chruschtschow hat ein Thema der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern stark in den Vordergrund gerückt. Für das die Grundlage bereits lange vorher gelegt worden war: die wirtschaftliche Zusammenarbeit Jugoslawiens mit der Sowjetunion und dem Ostblock. Die fast sensationell klingende Ankündigung der Erhöhung des Volumens des gegenseitigen Warenaustausches von 100 Millionen Dollar im Jahre 1962 auf 180 Millionen Dollar in diesem Jahre wird jedoch, sofern sie verwirklicht wird, keineswegs Ergebnis des soeben beendeten Chruschtschow-Besuches sein. Diese Entwicklung ist schon lange vorher, durch eine Reihe von bilateralen Verträgen, von sowjetisch-jugoslawischen Blockkommissionen vereinbart worden.

Die Ursachen des neuentdeckten jugoslawischen Wirtschaftsinteresses für den Ostblock war maßgeblich durch die in den Jahren 1961-62 in Jugoslawien aufgetretenen Wirtschaftsschwierigkeiten bedingt gewesen die sich trotz eines Rückganges der industriellen Zuwachsrate fast bis zur Stagnation in erheblichen Absatzschwierigkeiten auf dem Binnenmarkte ausdrückten. Dieses sehr ernste wirtschafts- und sozialpolitische Problem hatte sowohl eine innenpolitische (stärkerzentrierte zentralistische Prinzipien) als auch - in konsequenter Folge - außenpolitische Akzentverschiebungen zur Folge.

Dies beinhaltete zwar nicht eine grundsätzliche Wandlung der jugoslawischen Politik, wie die Versuche der wirtschaftspolitischen Absicherung nach West und Ost sichtbar zeigten. So bereit man auch immer in Belgrad ist, das wirtschaftliche Entgegenkommen Moskaus zu akzeptieren, muß es geradezu Jugoslawiens Anliegen bleiben, mit dem Ostblock nicht solche wirtschaftspolitischen Bindungen einzugehen, daß dadurch der Warenaustausch mit dem Westen gestört werden könnte, der noch immer rund 60 Prozent des gesamten jugoslawischen Außenhandels ausmacht. Deshalb wirkt die in diesen Tagen in Belgrad wiederholt gegebene Versicherung glaubwürdig, daß Jugoslawien keineswegs gedanke, Vollmitglied des COMECON, der Wirtschaftsorganisation des Ostblocks, zu werden.

Dagegen kann außer Zweifel stehen, daß Belgrad den seit Jahren gewünschten Status eines Beobachters erlangen oder gar auch allen COMECON-Blockkommissionen erhalten wird. Für die sachliche Lösung der wirtschaftlicher Problematik dürfte diese Form völlig ausreichend sein. Andererseits dürfte aber die Verbesserung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen in nicht allzu sensationellen Formen im wohlverstandenen Interesse Moskaus liegen. Will sich nämlich Chruschtschow des Einflusses Titos in den Entwicklungsländern der blockfreien Welt bedienen, um seine "Koexistenz-Offensive" mit Unterstützung der blockfreien Staaten weiter voranzutreiben, wird er sich größere Erfolge in dem Falle ausrechnen können, wenn Tito nicht durch politisch verlässliche Formen an den Ostblock gebunden ist. Die "eigene Form" in der Innenpolitik, die Chruschtschow während seiner Jugoslawienreise Tito endgültig zuerkannte, gilt im übertragenen Sinne auch für die Belgrader Außenpolitik. Und so wird, mag auch in der Sache Belgrad zukünftig noch stärker als bisher zum Fürsprecher Moskaus werden, sich dies auch weiterhin in den gewohnten Formen jugoslawischer Bindungslosigkeit abspielen.

Reise in Amerika I und II

Kurze Gespräche  
Von Fritz Sänger, MdB

Nanaimo, 29. August 1963

"Lolli" sagte er nur als wir an ihm vorubergingen. Wir lutschten unser Eis und er grunzte. Aber das eine Wort hatte genigt. Ja, er sei aus Deutschland, aus Hamburg, ein junger, schlacker Mann, braungebrannt und mit kräftigen Muskeln. Er lehnte an seinem Auto, einem jener ubergroen amerikanischen Wagen, die sie auch hier in Canada fahren. Seit neun Jahren sei er im Lande und das hier sei seine Familie: kleine und etwas größere Kinder, gesund, frisch, lebensfroh.

Zum ersten Mal sei er vom Festland herubergekommen auf die Insel Vancouver an der Westküste des riesigen Landes, im Pazifischen Ozean gelegen. Er wohnte weit oben im Norden, in Prince George. Dort ist die Menscheit fast unendlich. Der nächste Nachbar wohnte etwa sechsig Kilometer entfernt. Aber das sei nur anfangs so gewesen. Jetzt wohne er in der Stadt oder am Rande und es sei eine große und schöne Stadt und man habe alles, was man brauche. Er war zufrieden. Ma hat immer Arbeit für ihn gegeben, auch in den letzten schweren Jahren, in denen mancher urgekehrt ist und in die alte Heimat zurückkam. Er ist glücklich.

Er wird bleiben. Warum? "Wissen Sie!" sagte er, "das ist wegen der Freiheit". Und weiter nichts. Nichts eben: "wegen der Freiheit".

\* \* \*

Was es mit der Freiheit auf sich hat, das sagte uns ein anderer. Auch ihn trafon wir, wie jenen, auf einem Camping-Platz. Er lag tief in dem endlosen Walde zur Seite der einzigen Straße, die durch die Insel, durch einen Teil der Insel führt, jeder hat seinen Platz für sich: eine schmale Zufahrt, die Riessen der Bäume um sich, Buschwerk, welcher Untergrund. Aber eine Feuerstelle ist da und kurzgeschlagene Holz. Von einem Baum hängt, in geboriger Höhe, daß die Kinder nicht anfassen können, die Schnur, die elektrischen Strom zuleitet. Der Wasserhahn braucht nur aufgedreht zu werden, und die Quelle sprudelt unnatürlich. Dies alles ist dutzende Kilometer von jeder Siedlung entfernt. Die Besucher zahlen für ein paar Tage nichts. Der Staat hat ihnen diese Plätze eingerichtet und unterhält sie, damit die Bürger des Landes ihre Freude und Erholung haben. Nur wo es sich zeigt, daß einer nach einem langen Wochenende sein Zelt stehen last, selbst abfährt, um am nächsten Freitag wieder dort sein zu können, hat man mit einer Gebühr eingegriffen. Die schönen Plätze sollen allen einmal zur Verfügung stehen. Man wunacht keine Usurpatoren.

Niemand sage ihm dort jemals etwas, erklärte uns unser Nachbar. Es sei einfach nicht richtig (später sagte er "nicht fair"), einen Platz zu besetzen. Das Land sei groß genug für alle. Aber, so wandten wir ein, iberall sei doch wohl die komfortable Einrichtung noch nicht vorhanden. Nein, erwiderte er, aber das komme noch, man müsse sich ja ohnehin begnügen. "Wissen Sie, zuviel soll man auch nicht erwarten. Reich sein ist ja schön, aber auch gefährlich." Und genau hier setzte er unmittelbar anschließend hinzu: "Das wissen Sie doch in Ihrem Deutschland jetzt am besten."

Warum? Weil ungehemmte Sucht nach dem Wohlergehen die Menschen unfrei mache. Er sei in Deutschland gewesen, früher und jetzt wieder: nein, dort wolle er nicht leben! Nur um bequemer leben zu können, müßten die Menschen dort auf sich, sich unter Vorgesetzten zu ducken. Überall habe er Meldezettel aus schreiben müssen. Seinen Pass habe er abgeben müssen und auf dem Flughafen habe man ihn peinlich untersucht, nicht körperlich, aber doch "eigentlich beinahe". Die Leute schimpften aufeinander. An der Straßenbahnhaltestelle drängten sie sich und stießen mit Ellbogen den anderen weg, um selbst zuerst einsteigen zu können. Wenn einer auf der Straße nicht schnell genug anfahre, wenn das rote Licht auf grün überspringen würde, hupe der Hintermann. Wenn einer sich in eine Lücke zum Parken einschleichen wolle, brausten die anderen so vorbei, daß er sich lange nicht rühren könne. Das sei alles Egoismus, Vorwärtsdrängen, Hasten und immer stehe ein Polizist irgendwo. Für ihn - und für viele! - sind das alles Zeichen von Unfreiheit.

Was er denn Freiheit nennen würde? "Freiheit, das ist, daß ich tun kann was ich will und das auch tue, aber so, daß der andere es auch tun kann". Er meinte, das sei doch ganz einfach, es gehöre nur Vernunft, etwas Geduld und ein bißchen Wissen dazu, um so besser leben zu können.

Ob man das bei uns daheim einmal versuchen möchte?

\* \* \*

### Flexibel muß man sein!

Vancouver, 28. August 1963

Die parteipolitischen Diskussionen in der Bundesrepublik sind auch hier an der canadischen Westküste bekannt. Kein Wunder; es wohnen viele Deutsche hier. Aber auch canadische und amerikanische Reisende sind in großer Zahl an dieser paradiesisch schönen Küste und drüben auf der Insel Vancouver, die jetzt im milden Sommer ihre Saison hat.

Begegnungen blieben nicht aus, Gespräche werden geradezu gesucht. Es ist einer aus Deutschland da, man will mit ihm sprechen, ihn hören und seine eigene Meinung an den Mann bringen. Die Zeitungen haben berichtet, daß es in der Bundesrepublik politisch mobiler geworden ist. Hier wird gewählt, in kleinen Bezirk zwar, aber man ist angezogen.

Da hat eine Zeitung gemeldet, eine politische Partei in Deutschland - für diese Menschen hier ist die Bundesrepublik schlicht und unkompliziert Deutschland - habe einen anderen zum Vorwurf gemacht, daß sie Flexibilität der Politik bevorzuge. Das verstehen sie nicht. Flexibel zu sein, das ist doch Lebensweisheit, das ist doch klug und nützlich und - ein Politiker von Rang sagte es uns - "das ist doch unentbehrlich in Ihrer Lage, in jeder Lage".

So sehen sie die Politik. Sie verstehen mancher deutsche Einstellung nicht. Es gab ein errates Gespräch: Jahrelang hätten wir doch eigentlich keinen eigenen politischen Vorschlag zur Lösung unserer

Fragen unterbreitet, und nun auf einmal, als der Vertrag in Moskau zu unterzeichnen war, der "diese verdamnten Atomversuche" einschränkt, da seien wir dagegen. Das deutsche Argument läßt sie einen Moment nachdenken. Sie haben es auch hier gelesen: Deutschland hat ja ganz und gar auf Atombombenherstellung und -lagerung verzichtet (so wissen sie es!), es fürchtet die indirekte Anerkennung Pankows - ja, bemerkenswerte Argumente. Aber was wiegen sie gegen die Chance, daß jetzt ein erster Schritt getan werden konnte und daß andere folgen werden. "Auf Deutschlands Kosten?" Nein, das glauben sie nicht. Politik ist eine Sache, der - ja: der Flexibilität. Man muß sehen, daß man in jedem Falle zunächst zurecht kommt. Später sieht man weiter.

"Es wäre besser für uns alle, glauben Sie es mir", sagte ein in der Weltpolitik erfahrener, prominenter canadischer Parlamentarier zu mir. "Wenn auch Ihre Politik in Deutschland mehr Flexibilität gezeigt hätte zu einer Zeit, in der wir noch billiger in politischen Vereinbarungen handeln konnten" Sie lächeln, diese Männer, wenn sie reinen, wir wollten durch "Härte" und durch "Auftrumpfen" zum Ziele kommen. "Die Zeiten sind vorbei", meinen sie, und im Zustand des Gleichgewichts der Kräfte, der sie sehen, gibt es nur Klugheit, feste Herzen, Mut und Geduld als einzige Tugenden der Politiker, die Sinn haben können.

Aber durch feste Haltung könne man doch auch die Freunde überzeugen, daß sie eigene Meinungen modifizieren. Wir hatten uns sehr vorsichtig auszudrücken versucht. Da holte einer eine Zeitung vor: hier, aus Deutschland, da stand es, daß durch die Härte der Bundesregierung in Washington und London Illusionen zerstört worden seien. Welch ein Unsinn. Offenbar hätten wir noch immer nicht begriffen, daß die Politik der freien Welt eine seit Jahren angebahnte, vorsichtig gelockte, vielfach diskutierte und sorgfältig erwogene Arbeit sei, an der auch - einer sagte es, der es wissen mußte - die Bundesrepublik durchaus beteiligt sei. Er zielte auf die Tätigkeit des Botschafterlenkungsausschusses in Washington und hinterließ bei den deutschen Zuhörer den erregenden Eindruck, als läge es nur an der eigenen, deutschen Regierung, daß wir in so vielen Fällen in der letzten Zeit "überrauscht" wurden. Sie traut sich nicht zu sagen was ist.

Was in manchen Kreisen in Bonn als "Sieg" gefeiert wird, die Bereitschaft der amerikanischen und der britischen Regierung ihre Meinung zur Beteiligung Pankows an der Unterschriften zum Moskauer Vertrag, "konkreter" auszusprechen, das wird hier, diesseits des Ozeans und eines ganzen Kontinents, als "verwirrende und überflüssige Selbstverständlichkeit" gekennzeichnet, die deutsche "Siegessaugetrunkenheit" aber als "peinliche Taktlosigkeit". Und wenn es ein "Sieg" war, so kennt man auch hier die alte Geschichte und den Sieg des Pyrrhus über die Römer, der aber klug genug war selbst zu erkennen: Noch ein solcher Sieg und wir sind verloren.